

Der Ausgang der Bundestagswahl 2025 – und was sich daraus über Politik lernen lässt

Deniz Anan¹

1. Einleitung

Bundestagswahlen prägen Politik und Politikwissenschaft. Die für die Parteienforschung zentrale Bestimmung der Parteiensystemeigenschaften wie Format, Fragmentierung, Polarisierung, Segmentierung, Asymmetrie und Dominanz (Niedermayer 2006/23) basiert stark auf den Wahlergebnissen. Auch im Schulunterricht sind Wahlen zentraler Lehrinhalt: In den Lehrplänen sind Wahlen und Parteien Kerninhalte,² und auch das GPJE-Kompetenzmodell bezeichnet „Wahlentscheidungen reflektiert treffen und begründen“ zu können als zentralen Aspekt der Zielsetzung der politischen Handlungsfähigkeit. In dem Versuch, Politik-Inhalte zu didaktischen Zwecken in *Fachkonzepten* zu ordnen, stellt der Komplex *Wahlen* ein eigenes Konzept dar (Weißeno u.a. 2010: 148-151).³ Auch weil die Wahlteilnahme für die meisten Bürger die einzige regelmäßig ausgeübte Art der politischen Beteiligung ist (Massing 2004: 26), gebührt ihr eine maßgebliche Rolle in der politischen Bildung.

Der vorliegende Beitrag analysiert auf der Basis des vorläufigen amtlichen Endergebnisses zunächst, durch welche Besonderheiten sich der Wahlausgang auszeichnet. Im Anschluss daran wird versucht, herauszuarbeiten, welche typischen Züge „des Politischen“ sich aus der Wahl 2025 bestimmen und im Politik-

¹ Dr. Deniz Anan ist Akademischer Rat für den Bereich Fachdidaktik Politik und Gesellschaft/Didaktik der politischen Bildung an der Professur für Politische Wissenschaft (Prof. Wilhelm Hofmann) an der Technischen Universität München.

² Beispielsweise benennt der Lehrplan für die Berufsschulen in Bayern die Kenntnis der Wahlgrundsätze und des Wahlsystems sowie die Fähigkeit, den Ablauf von Wahlen zu erläutern, Wahlergebnisse auszuwerten und die Aussagen der Parteien unter anderem in Hinblick auf die eigene Meinung zu beurteilen als Kompetenzerwartungen (BayStMUK 2021: 43-44). Schüler an beruflichen Oberschulen sollen zudem anhand eines Vergleichs der Positionen eine fundierte Wahlentscheidung treffen und begründen können (BayStMUK 2018: 2).

³ Die Autoren bezeichnen hier Bedeutung und Funktionen von Wahlen sowie die Kenntnis der Vor- und Nachteile verschiedener Wahlsysteme als essenzielle inhaltliche Kenntnisse, erblicken in der Unterschätzung der tatsächlichen Bedeutung von Wahlen, der Überschätzung individueller Einflussmöglichkeiten und einem zu negativen Blick auf Wahlkämpfe häufige Fehlkonzepte und sehen den Themenkomplex eng verbunden mit Konzepten wie Demokratie, Parteien, Parlament, Macht oder Konflikt. Massing (2004) betrachtet die Bedeutung, die Funktionen und die rechtlichen Grundlagen von Wahlen, das Verständnis der Wahlsystemtypen, des deutschen Wahlsystems und des idealtypischen und tatsächlichen Ablaufs von Wahlkämpfen sowie Einsichten in die Demoskopie als wichtigste inhaltliche Aspekte im politikdidaktischen Kontext. Wahlen führten zudem die zentrale Rolle von Parteien in modernen Demokratien vor Augen.

Unterricht an Schulen anwenden und welche bei den Schülerinnen und Schülern anzutreffenden Präkonzepte so korrigiert werden können.

2. Das Ergebnis der Bundestagswahl 2025

Bundestagswahlergebnisse zeichnen sich immer durch das Nebeneinander situativer und struktureller Aspekte aus. Die Frage, inwieweit eine bestimmte Wahl als historisch gelten kann, ist ein klassisches Betätigungsfeld der Parteien- und Wahlforschung (vgl. etwa Niedermayer 2013 und von Alemann 2013).

Die Bundestagswahl 2025 präsentiert sich im historischen Vergleich gleich in mehrfacher Hinsicht als äußerst bemerkenswert. Ins Auge fallen verschiedene Aspekte.

- (a) Die beiden früheren Volksparteien CDU/CSU liegen mit zusammen 44,9 %⁴ nun weit unter 50 %. Dieser kumulierte Wert (*Dominanz*)⁵, lag in den 1970er-Jahren bei über 90 %, betrug aber noch 2002 immerhin 77 %. 2021 sanken beide mit 49,8 % elektoral unter die 50 %-Marke, erreichten im Parlament mit 403 von 735 jedoch noch eine rechnerische Mehrheit.
- (b) Der Abstand zwischen Union und SPD (*Asymmetrie*) ist so groß wie nie zuvor, insbesondere wenn man nicht die Differenz, sondern die Relation misst. Das Größenverhältnis entspricht nun etwa 1,74 zu 1. Im Jahr 2021 lagen beide Parteien noch nahezu gleichauf.
- (c) Format (Anzahl der Parteien) und Fragmentierung (effektive Anzahl der Parteien)⁶ sind, für bundesdeutsche Verhältnisse, weiter hoch. Allerdings fallen elektorale und parlamentarische Fragmentierung dieses Mal (wie schon 2013) infolge des knappen Scheiterns zweier Parteien an der Fünf-Prozent-Sperrklausel stark auseinander: Deutschland hat nun (CSU und SSW eingerechnet) ein Sieben-Parteien-Parlament. Wären FDP und BSW eingezogen wäre es ein Neun-Parteien-Parlament geworden, wie zuletzt nach 1953. Nach der Typologie Niedermayers (2003/15) ist Deutschland somit weiter ein *pluralistisches Parteiensystem*.
- (d) Mit der AfD ist nun erstmals in der bundesrepublikanischen Geschichte eine Partei jenseits von CDU/CSU und SPD die zweitstärkste Kraft. Ein schwarz-rotes Bündnis ist somit keine *Große Koalition* im Sinne einer Kooperation der beiden größten Parteien mehr. Ganz im Gegenteil konnten seit 1949 die Regierungsparteien noch nie so wenige Wählerstimmen hinter sich vereinen können.

⁴ Noch 2013 erzielten die Unionsparteien alleine 41,5 %

⁵ Vgl. Niedermayer, Oskar (2007): Parteiensystem. In Dieter Fuchs/Edeltraud Roller (Hrsg.), Lexikon Politik, Stuttgart, Reclam S.197–201.

⁶ Gemessen anhand der Formel $\frac{1}{\sum_{i=1}^n p_i^2}$ (vgl. Laakso/Taagepera 1979).

- (e) Noch nie waren die Pole des Parteiensystems (AfD, Linke, BSW) kumuliert so stark (34,6 %). 2013 bzw. 2017 bzw. 2021 betrug die kumulierte Werte von AfD und Linken 13,3 bzw. 21,8 bzw. 15,3 %. Die in allen westlichen Gesellschaften derzeit erkennbare Polarisierung korreliert somit mit einer steigenden Polarisierung des deutschen Parteiensystems.
- (f) Damit einher geht eine steigende Wahlbeteiligung. Die Wahlbeteiligung ist nach dem historischen Tiefstand von 70,8 % (2009) zum vierten Mal infolge gestiegen (2013: 71,5 % – 2017: 76,2 % – 2021: 76,6 %) und erreicht mit 82,5 % nun einen Wert, der zuletzt 1987 erreicht wurde. Anders als in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten scheinen diese hohen Beteiligungswerte kein Ausdruck eines grundlegenden *permissive consensus* zu sein, sondern weisen ähnlich wie bei den Reichstagswahlen 1932 und 1933 eher auf eine Krisensituation hin. In den sozialen Netzen oder auf den Demos gegen die Corona-Maßnahmen lässt sich leicht eine steigende Systemunzufriedenheit erkennen, die 2021 zur Aufnahme der neuen Kategorie der *Delegitimierung des Staates* in die Verfassungsschutzberichte führte.
- (g) Auch Linke (Neukölln) und AfD (Gelsenkirchen, Kaiserslautern) sind nun in einzelnen westdeutschen Wahlkreisen stärkste Kraft. Die Parteiensysteme in West und Ost divergieren aber weiterhin stark. Im Westen sind die vor 1990 etablierten Parteien Union, SPD, Grüne und FDP etwas stärker, AfD, BSW und Linke schwächer als im Bundesschnitt.⁷ Ostdeutschland hat nun aber ein gänzlich anderes Parteiensystem: Die AfD ist hier mit 34,5 % nicht nur eindeutig stärkste Kraft, sondern fast doppelt so stark wie die zweitplatzierte CDU (18,4 %). Mit Linken (12,9 %), SPD (10,9 %) und BSW (9,9 %) folgen auf den Rängen 3, 4 und 5 drei weitere Mittelparteien, während Grüne (6,6 %) und FDP (3,1 %) als Kleinparteien gelten müssen. Die Schwäche von Grünen und SPD und die Stärke von AfD, Linken und nun auch BSW sind zwar Konstanten. Der überdeutliche Vorsprung der AfD und Wahlergebnisse nur knapp über 10 % für die Kanzlerpartei SPD sind jedoch historische Extremwerte. Der Osten, wo Volatilität, geringe Parteibindung und Offenheit für radikale nicht etablierte Parteien sehr viel früher als im Westen auftraten, hat so gesehen eine gewisse Avantgarde-Funktion (Massing 2004: 36).
- (h) Überhaupt sind die Parteiensysteme auf regionaler Ebene nun vielfältiger. Vier unterschiedliche Parteien (Union, SPD, AfD, Linke) sind in mindestens einem Bundesland stärkste Kraft. Spitzenwerte wie die 58,6 % der CSU in Bayern 2002 oder die 42,6 % der CDU in Sachsen 2013 erscheinen heute unerreichbar. Auch andere Hochburgen (SPD: Ruhrgebiet; Grüne: Friedrichshain-Kreuzberg, Stuttgart) existieren so nicht mehr, auch wenn es weiterhin regionale Schwerpunkte gibt (SPD: Hamburg/Hannover/Bremen, Grüne: Altona,

⁷ CDU/CSU 30,6 % – SPD 17,6 % – AfD 17,9 % – Grüne 12,7 % – Linke 7,9 % – BSW 3,9 %.

Köln, Münster, Aachen, Karlsruhe, Freiburg; AfD: Ostdeutschland; Linke: Ost-Berlin, Leipzig).

- (i) Zum zweiten Mal scheitert mit der FDP (wie schon 2013) eine etablierte Partei an der Sperrklausel. Die Partei belastete nicht nur das schlechte Management des Koalitionsbruchs,⁸ sondern auch, dass sie die in der Ampel durchaus erzielten Erfolge der eigenen Anhängerschaft nie so richtig vermitteln konnte. Objektiv betrachtet tragen weite Teile der Ampel-Politik FDP-Handschrift: Neben einigen gesellschaftspolitischen Weichenstellungen (Selbstbestimmungsgesetz, Cannabis-Legalisierung, Abschaffung des § 219a StGB, neues Staatsbürgerschaftsrecht) konnten die Freien Demokraten auf den ökonomischen Politikfeldern aber eher linke Projekte (höhere Steuern, zusätzliche Schulden) verhindern, als im marktliberalen Sinne positiv gestalten (Entlastungspakete, Kalte Progression, Revision des Klimaschutzgesetzes). Wie schwer sich die Partei mit dem Mitregieren unter linker Ägide tat, zeigte sich bereits Anfang 2024, als sich die Mitglieder mit 52,2 % nur äußerst knapp für den Verbleib in der Ampelkoalition aussprachen (Schmoll 2024). Die Abgrenzungsstrategie der Union tat ihr Übriges. Wie das Comeback 2017 belegt, muss das Ausscheiden nicht von Dauer sein. Der dauerhafte Abstieg in die Bedeutungslosigkeit ist aber nicht ausgeschlossen, nachdem gleich mehrere Wettbewerber im Parteiensystem wirtschafts- (CDU/CSU, AfD, Freie Wähler) bzw. sozialliberale (Grüne, Volt) Themen besetzen.
- (j) Keine erstmals angetretene Partei schnitt je so gut ab wie das BSW mit 4,97 %.⁹ Gleichwohl scheint die Zukunft auf Bundesebene erscheint ungewiss und stark von der Konjunktur der Themen Migration und Ukraine abhängig. Die Partei besetzt mit der Kombination ökonomisch linker und gesellschaftlich konservativ-nationaler Positionen eine Marktlücke, die Nachfrage danach erscheint aber vor allem in den neuen Bundesländern ausreichend groß.
- (k) Infolge des knappen Scheiterns beider Parteien fallen dieses Mal 13,8 % der Stimmen infolge der 5 %-Hürde unter den Tisch – viele, aber weniger als etwa 2013 (15,8 %). Dieser Umstand könnte die Diskussion über eine Absenkung der Sperrklausel intensivieren, die nicht zuletzt durch die jüngsten Verfassungsgerichtsurteile zum Europawahl- und Bundeswahlgesetz ausgelöst wurde, zumal das Argument, die 5 %-Hürde würde rechtsradikale Parteien fernhalten, angesichts der AfD an Relevanz verloren hat.

⁸ Insbesondere die Verwendung martialischen Vokabulars (*D-Day, Offene Feldschlacht*) und deren Leugnung wurde öffentlich heftig kritisiert. Vgl. FAZ.net 29.11.24, Bijan Djir-Sarai tritt als FDP-Generalsekretär zurück (<https://www.faz.net/aktuell/politik/d-day-papier-djir-sarai-tritt-als-fdp-neralsekretaer-zurueck-110142298.html>).

⁹ Die PDS 1990 als Nachfolgepartei von SED bzw. KPD ausgenommen.

- (l) Die CDU/CSU ist Wahlsiegerin. Sie liegt nun wieder an erster Stelle. Sie kann das Kanzleramt reklamieren, niemand kann ohne oder gegen sie regieren. Es ist es aber kein sehr eindrucksvoller Sieg: Die vormals größte Oppositionspartei konnte sich nur um rund 4 ½ Prozentpunkte steigern und erzielte das zweitschlechteste Ergebnis ihrer Geschichte, obwohl die Vorgängerregierung historisch schlechte Zustimmungswerte hatte und quasi implodierte. Die Gründe sind vielfältig. Der Kandidatenfaktor scheint dieses Mal nicht sehr relevant für die Wahl der Union gewesen zu sein.¹⁰ Insbesondere als glaubwürdig galt Friedrich Merz nur in geringem Maße.¹¹ Mit Blick auf das Wahlergebnis hat sich die kontrovers diskutierte Entscheidung, das Thema Migration entgegen früherer Überlegungen doch in den Mittelpunkt zu rücken,¹² hier radikale Positionen bis hin zur Zurückweisung aller Schutzgesuche an den Grenzen zu besetzen und, auch hier entgegen ausdrücklicher Aussagen in der jüngsten Vergangenheit, die Kooperation mit der in Teilen rechtsextremen AfD zu suchen, nicht im erwünschten Sinne ausgezahlt. Nachdem der Agenda-Setting-Ansatz (McCombs/Shaw 1972) und das Konzept von *issue ownership* (Petrocik 1996) den Zusammenhang zwischen dominierenden Themen und Wahlchancen klar darlegen, war aber erwartbar, dass ein polarisierender Wahlkampf, der Asyl, Migration und Grenzsicherung in den Mittelpunkt rückt, vor allem der AfD nutzen würde.
- (m) Die SPD erzielt mit 16,4 % ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1887. Die Partei hat 60 % der Schröder-Wähler von 1998 verloren. Allerdings haben die Sozialdemokraten als einzig denkbarer Koalitionspartner eine gute Verhandlungsposition und potenziell erheblichen Einfluss auf die Entscheidungen der nächsten. Tim Spier und Ulrich von Alemann haben das schon 2014 auf die vermeintlich paradoxe Formel „in ruhigerem Fahrwasser, aber ohne Land in Sicht“ gebracht: bei Wahlen chronisch erfolglos, dank Regierungsbeteiligung aber mit substantiellem Einfluss (Spier/Alemann 2014). Der Partei steht aber möglicherweise ein Elite-Basis-Konflikt bevor, da das Führungspersonal von einer Regierungsbeteiligung naturgemäß stärker profitiert als die Parteibasis. Anders als bei der #nogroko-Kampagne 2017 ist jenseits einer CDU/CSU-AfD-Kooperation dieses Mal jedoch keine Alternative zu Schwarz-Rot in Sicht.

¹⁰ So sprachen sich in den letzten Umfragen nur etwa 35 % für Friedrich Merz als besten Kanzler aus (<https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2025/februar-ii/>) bzw. erwarten, er würde ein „guter Kanzler“ (<https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2025/februar-extra/>). Angela Merkel 2017 bzw. Olaf Scholz 2021 erreichten hier noch Werte oberhalb von 50 bzw. 40 %.

¹¹ Vgl. <https://presseportal.zdf.de/pressemitteilung/zdf-politbarometer-februar-ii-2025>.

¹² Vgl. Merz' Aussage auf dem Augsburgener CSU-Parteitag im Oktober 2024, man wolle „eigentlich keinen Migrations- und Einwanderungswahlkampf führen“ (<https://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/parteien/union-merz-staatsbuergerschaft-100.html>).

- (n) Die Grünen verzeichnen umgekehrt einen relativen Wahlerfolg bei gleichzeitigem Bedeutungsverlust in der gouvernementalen Arena. Die Partei fällt von 14,7 auf 11,6 %. Die Grünen bleiben aber der stabilste aller drei Ampelpartner (SPD: minus ein Drittel, FDP: mehr als halbiert), und erzielen das immerhin zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte. Robert Habecks noch am Wahlabend gelieferte Erklärung, die Grünen seien angesichts der Polarisierung bezüglich Migration und CDU-CSU-AfD-Zusammenarbeit gegenüber der Linken in eine ungünstige Wettbewerbsposition geraten, da sich jene anders als diese nicht schlichtweg einer Kooperation mit der Union verweigern konnten, ist zunächst einmal valide. Die Performance in der Ampelregierung wird man aber als weiteren Erklärungsfaktor nicht ausblenden können, gaben doch zentrale Figuren trotz einiger Erfolge und so manchem Sprung über den (energie- oder menschenrechtspolitischen) Schatten kein durchweg gutes Bild ab. Am Dauerstreit in der Ampel und insbesondere dem kommunikativen Gau rund um das Gebäudeenergiegesetz hatten auch Grüne ihren Anteil. Dazu kamen hausgemachte Faktoren wie der Fall Gelbhaar oder der von Kanzlerkandidat Habeck ohne große parteiinterne Rücksprache vorgelegte 10-Punkte-Plan zur Migration (Hackenbruch 2025), die die eigene Anhängerschaft irritierte. Eine Herausforderung wird das Umschalten vom Regierungs- in den Oppositionsmodus vor allem auf personeller Ebene sein, nachdem die Fraktion deutlich kleiner wird und es keine Regierungsämter mehr zu besetzen gibt.
- (o) Die Polarisierung rund um die parlamentarische Kooperation von CDU/CSU und AfD in der Spätphase des Wahlkampfes und der partielle Einbruch in grüne Wählermilieus sind sicher Hauptgründe für den überraschenden Erfolg der Linken. Das Oszillieren zwischen 11,9 % (2009), 4,9 % (2021) und nun 8,8 % belegt eindrucksvoll die gestiegene Volatilität des deutschen Parteiensystems.
- (p) Der Erfolg der AfD (siehe auch oben) hat mehrere Gründe. Die Partei kann im Parteiensystem nun als etabliert gelten. Bei vielen ihrer Wähler besteht eine strukturelle Nachfrage nach einer national-chauvinistischen Politik, die geschlossene Grenzen fordert, die EU-Integration skeptisch sieht, den Rückbau des Sozialstaats postuliert und den Import billiger fossiler Rohstoffe fordert. Zudem hat die Dominanz der Themen Migration und Sicherheit in der Schlussphase des Wahlkampfes der Partei geholfen, Wechselwähler anzusprechen. Die übertrieben wirkenden Attacken der CDU/CSU auf die vermeintlich „schlechteste Regierung jemals“ oder den angeblich „schlechtesten Wirtschaftsminister“ aller Zeiten haben die AfD offenkundig eher gestärkt als eingedämmt. Der überraschende Versuch der CDU/CSU mit den Stimmen der AfD das „Zustrombegrenzungsgesetz“ zu verabschieden zeigt, dass die Union derzeit keine kohärente Strategie, z.B. im Sinne der Ansätze *ignore* oder *co opt policies* (vgl. Heinze 2018), verfolgt. Dass eine direkte oder indirekte

Regierungsbeteiligung der Partei derzeit aber nicht in Sicht ist, unterscheidet Deutschland von vielen anderen Demokratien. Neu aber vermutlich ohne größere Relevanz ist die Aufwertung auf der internationalen Ebene durch die Unterstützung aus dem Umfeld der amerikanischen Regierung.

- (q) Eine verfassungsändernde Zwei-Drittel-Mehrheit erlangt künftig die Zusammenarbeit von CDU/CSU, SPD, Grünen und Linken. Das Erfordernis des Zusammenwirkens von gleich vier Partnern ist eine weitere Zäsur, nachdem noch bis 2009 eine Kooperation der beiden Großparteien ausgereicht hatte. Dass Union und SPD vor diesem Hintergrund trotz staatsrechtlicher Bedenken für die Befassung noch des alten Bundestags bei der gleich nach der Wahl unternommenen Reform der Schuldenbremse plädierten (Rath 2025) verwundert insofern nicht. Ausgeblendet bleibt oft, dass im multiplen, fragmentierten Parteiensystem der Gegenwart zudem 2/3-Mehrheiten im Bundesrat immer schwieriger erreichbar werden (Bartsch u.a. 2025b), und das Regieren im föderalen Mehrebenensystem weiter erschweren.
- (r) Mit Blick auf die Segmentierungsmuster verfestigt sich die Erkenntnis: Solange die Brandmauer steht ist an eine Zweierkoalition eines Lagers (wie zuletzt 2009 bis 2013) nicht mehr zu denken. Unter günstigen Umständen ist eine lagerübergreifende Zweierkoalitionen wie jetzt Schwarz-Rot möglich, ansonsten nur lagerübergreifende Dreierkoalitionen wie Jamaika, Ampel oder Kenia. Es erscheint schwer vorstellbar, dass eine in mehreren ostdeutschen Ländern bereits praktizierte Kenia-Koalition aus Union, SPD und Grünen, die das Wahlergebnis beinahe auf der Bundesebene erforderlich gemacht hätte, geräuschloser arbeiten würde als die Ampel. Denn verglichen mit Schwarz-Rot-Grün wäre das Ampelbündnis geradezu homogen gewesen, welches immerhin in einer der den Parteienwettbewerb strukturierenden Konfliktlinien – nämlich dem Konflikt zwischen progressiv-libertärer und konservativ-autoritärer Gesellschaftsauffassung – auf derselben Seite angesiedelt war. Bei Kenia wären die Antagonismen noch ausgeprägter, die Konfliktstrukturen noch größer. Schwarz-Rot stehen mit den Grünen und den Linken immerhin zwei größere Oppositionsparteien jenseits der AfD gegenüber. Dieser Opposition fehlen aber wichtige Kontrollrechte: Grüne und Linke können auch gemeinsam weder einen Untersuchungsausschuss einsetzen noch ein Gesetz in Karlsruhe auf Verfassungskonformität überprüfen lassen – hierfür wäre die Mithilfe der AfD nötig. Als sich diese Problematik nach der Wahl 2013 schon einmal stellte, erweiterte die damalige schwarz-rote Regierungsmehrheit die oppositionellen Kontrollrechte freiwillig durch eine befristete Änderung der Geschäftsordnung.¹³

¹³ Vgl. https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2014/49536550_kw07_de_oppositionsrechte-215732.

- (s) Das neue, von der Ampelregierung gegen die CDU/CSU beschlossene, vom Verfassungsgericht aber als klar verfassungskonform eingestufte Wahlrecht mit dem Prinzip der Zweitstimmendeckung wurde erstmals angewandt und verkleinert den Bundestag effektiv. Erstmals seit langem behält das Parlament somit seinen Zielgröße von 630 Abgeordneten. Die konkreten Auswirkungen erscheinen überschaubar. Zwar zogen nun erstmals – wie es das neue Wahlsystem vorsieht, um die Deckelung der Sitzzahl ohne Verzerrung des Zweitstimmenergebnisses zu erreichen – 29 Wahlkreis-Erststimmensieger nicht ins Parlament ein.¹⁴ Allerdings entsenden nur 4 von 299 Wahlkreisen keinen einzigen Abgeordneten nach Berlin (Bartsch u.a. 2025a). Die Unionsparteien kritisieren die Reform weiterhin scharf und bezeichnen eine erneute Wahlrechtsreform als *conditio sine qua non* einer Koalition, und auch die politik- und rechtswissenschaftliche Kontroverse dauert an.¹⁵ Gleichwohl sind mögliche Reformpfade überschaubar: Wer eine Vergrößerung des Bundestags ohne das Prinzip der Zweitstimmendeckung verhindern will, muss entweder sehr viel weniger und größere Wahlkreise in Kauf nehmen oder zu einer Verzerrung des Zweitstimmenergebnisses bereit sein (Behnke 2020), wobei Letzteres nicht nur verfassungsrechtlich, sondern auch demokratietheoretisch sehr viel bedenklicher erscheint als das Phänomen der *verwaisten Wahlkreise*.
- (t) Wie schon 2005, 2009 und 2017, aber anders als 2013 und 2021 konnte keine an der Regierungskoalition beteiligte Partei ihren Stimmenanteil steigern. Der vormalige *Amtsbonus* scheint sich inzwischen eher in einen Malus verwandelt zu haben. Dieses in anderen Demokratien schon länger zu beobachtende Muster ist nicht unbedenklich.
- (u) Friedrich Merz' Weg ins Kanzleramt ist das politische Comeback des Jahrhunderts. Ein Spitzenpolitiker, der seine Ämter verliert, sich ins Privatleben zurückzieht, zwischenzeitlich als Gründer einer neuen Partei gehandelt wird (Schuler 2007) dann zweimal erfolglos und ein drittes Mal mit Erfolg die Wahl zum CDU-Parteivorsitz versucht und mit knapp 70 Jahren Kanzler wird – so eine Biografie gab es bislang noch nicht. Außerdem ist er vermutlich der vermögendste amtierende deutsche Bundeskanzler (Wolf 2025).
- (v) Das Zusammenspiel von Art. 63 Abs. 4 GG und der *Brandmauer* räumt der SPD einen kaum beachteten strategischen Vorteil bei der Regierungsbildung ein. Können sich Union und SPD aus irgendwelchen Gründen nicht auf eine gemeinsame Regierungskoalition einigen, dann könnten SPD, Grüne und Linke, die zusammen mehr Mandate als die CDU/CSU haben, zumindest übergangsweise eine Minderheitsregierung bilden, solange die CDU/CSU weiter ausschließt, AfD-Stimmen bei der Kanzlerwahl in Kauf zu nehmen.

¹⁴ Vgl. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw09-wahlkreis-unbesetzt-1055568>.

¹⁵ Vgl. exemplarisch Behnke 2025 und Lang/Grzeszick 2025.

3. Schlussfolgerungen für die Didaktik der politischen Bildung

Unterrichtsinhalte haben unter anderem die Funktion, größere Sinnzusammenhänge erschließen zu helfen (Klafki 1958). Die Didaktik der Politischen Bildung strebt insbesondere an, aus der Beschäftigung mit konkreter Politik allgemeine Erkenntnisse über Politik abzuleiten. Wolfgang Hilligen, einer der Klassiker des Fachs, hat dies wie folgt formuliert: „Man lernt, wenn aus einem Besonderen, in dem sich ein Allgemeines abbildet, jenes Allgemeine so deutlich gemacht wird, dass es (...) an einem neuen Besonderen wiedererkannt werden kann.“ Dieser „Pulsschlag von Abstraktion und Rekonkretisierung“, so Hilligen, „ermöglicht den Aufbau kognitiver Strukturen.“ (Hilligen 1985: 38-39).

Insbesondere in Zeiten von Wahlkämpfen, die auch von Schülern wahrgenommen werden, ist das Thema Wahlen dazu geeignet, durch die adäquate Behandlung im Politik-Unterricht langfristig Interesse an Politik zu wecken (Breit 2004: 38). Dieser Beitrag versucht im Folgenden daher herauszuarbeiten, welche typischen Züge „des Politischen“ sich aus der Bundestagswahl 2025 im Unterricht bestimmen lassen. Genauer gesagt: Was lässt sich aus der Beschäftigung mit dieser Wahl und ihrem Ausgang über Politik im Allgemeinen lernen? Welche Aspekte der Wahl können im Schulunterricht dazu benutzt werden, um allgemeine Erkenntnisse und Kompetenzen zu Parteien, Wahlen, Institutionen und Regieren zu befördern?

a. Den Wandel des Parteiensystems und dessen Ursachen kennen und einordnen

Ein augenfälliger Ausgangspunkt für verallgemeinerbare Schlüsse ist vor allem der in dem Wahlergebnis klar zum Ausdruck kommende, oben beschriebene deutliche Wandel des Parteiensystems: steigende Fragmentierung, zunehmende Polarisierung, komplexere Segmentierungsmuster und sinkende Dominanz der beiden früheren Großparteien. Dieser Wandel und die dahinterstehenden Ursachen (Erosion gesellschaftlicher Milieus, Individualisierung, Säkularisierung, Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitswelt, steigende Bedeutung von Wertekonflikten, Zunahme von Migration und des migrantischen Bevölkerungsanteils, Globalisierung/Europäisierung samt den damit verbundenen Ängsten und Widerständen, Klimawandel und dessen Leugnung usw.) lässt sich im Unterricht ein Stück weit rein kognitiv aufzeigen. Gleichwohl wird sich durch die Auseinandersetzung mit den Ergebnissen dieser Wahl im Vergleich mit anderen Wahlen der jüngeren Vergangenheit ein ungleich vertiefteres Verständnis befördern lassen: Wenn Schülerinnen und Schüler anhand von Schaubildern präsentiert bekommen, dass etwa nach der Bundestagswahl 2002 Union und SPD gleichauf lagen und über drei Viertel der Stimmen auf sich vereinten, nur vier Fraktionen im Bundestag vertreten waren, sich mit Rot-Grün bzw. Schwarz-Gelb zwei klar definierte

Lager gegenüberstanden, beide Volksparteien gemeinsam mühelos eine verfassungsändernde 2/3-Mehrheit aufbrachten, sich die Wahlergebnisse in Ost und West nur hinsichtlich der damaligen PDS signifikant unterschieden und eine Systemopposition nicht wirklich sichtbar war, nun aber Union und SPD bei unter 50 % liegen, der Bundestag beinahe sieben Fraktionen umfasst hätte, sich die Koalitionsbildung komplex gestaltet, vier Fraktionen Verfassungsänderungen befürworten müssen, die Parteiensysteme in alten und neuen Bundesländern äußerst divergent geworden sind, die Pole stark wie nie sind und mit AfD und BSW zwei starke Kräfte jahrzehntelange Konstanten bundesdeutscher Politik infrage stellen, wird das Ausmaß dieses Wandels viel tiefer durchdrungen und verstanden. Zudem schulen Aufgaben, bei denen sich Schülerinnen und Schüler selbst vergleichend mit den Wahlen auseinandersetzen müssen, die Anwendungsfähigkeiten und auch die methodischen Kompetenzen.

Zeitgleich könnte ein Abgleich mit geeigneten Materialien (z.B. Schaubilder zu den Wahlen zum polnischen Sejm 2001/2005 oder zur französischen Nationalversammlung zwischen 2012 und 2024), wo die jeweiligen Parteiensysteme binnen kürzester Zeit einem enormen Wandel unterlagen, deutlich vor Augen führen, dass der Wandel des Parteiensystems im internationalen Vergleich trotz allem als moderat einzustufen ist. Eine weitere aufschlussreiche, wenngleich besonders kontextualisierungsbedürftige Kontrastfolie wären die USA, wo im Zuge der „Kaperung der Republikaner durch die MAGAs“ (Pitzke 2024) mehrere Konstanten blitzschnell erodierten.

b. Das Verhältnis formaler und informeller Regelungen verstehen – das Beispiel *Regierungsauftrag*

Regieren in modernen Demokratien wird von formalen und informellen Arrangements gesteuert. Dass eine nicht etablierte Partei nur dann antreten kann, wenn eine bestimmte Zahl an Unterstützerunterschriften beigebracht werden kann, dass für den Einzug in den Bundestag mindestens 5 % der Zweitstimmen (oder der Gewinn dreier Direktmandate) und für den Gewinn eines Wahlkreises seit neuestem eine ausreichende Zahl an Zweitstimmen notwendig ist – all das ist formal (im Wahlgesetz) geregelt. Zentrale und im politisch-medialen Diskurs durchaus dominante Größen basieren hingegen auf ungeschriebenen Regeln, und somit letztlich auf der (stillschweigenden) Übereinkunft der relevanten Akteure.

Besonders gut ablesbar ist das am so genannten *Regierungsauftrag*, also dem Vorrecht, eine Regierung zu bilden und/oder zu führen. Dieser Begriff taucht weder im Grundgesetz noch im Wahlgesetz noch in der Geschäftsordnung des Bundestags auf. Ein Abgleich der Wahlen 2025 und 2021 ist gut geeignet, Schülerinnen und Schülern dieses Konzept zu verdeutlichen: Nach der Wahl 2025 zweifelt niemand den Anspruch von Friedrich Merz auf die Kanzlerschaft: Der

Abstand der CDU/CSU zu AfD und SPD ist deutlich. Die AfD wird von allen anderen als nicht regierungsfähig betrachtet. Ein Bündnis gegen die CDU/CSU ist somit nicht in Sicht. 2021 war dies deutlich anders: Zwar hatte die Union deutlich verloren, die SPD klar zugelegt – und das nicht nur im Vergleich zur vorherigen Wahl, sondern auch gemessen an den Umfragewerten im Frühjahr/Sommer 2021. Allerdings standen sich mit einer Ampel- bzw. Jamaikakoalition gleich zwei unterschiedliche und mit 405:335 bzw. 396:439 Stimmen auch nahezu gleich starke Koalitionsoptionen gleichrangig gegenüber. Auch eine Neuauflage der Großen Koalition (403 Sitze) wäre möglich gewesen, eine rot-rot-grüne Koalition hätte mit nur 363 statt der notwendigen 368 Sitze die Mehrheit hingegen knapp verfehlt. Noch am Tag nach der Wahl wurde der CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet in der SZ mit den Worten „Keine Partei kann aus diesem Ergebnis einen klaren Regierungsauftrag ableiten.“ zitiert (Käppner 2021). Was gab den Ausschlag dazu, dass nach kurzem Innehalten schließlich klar die Bildung einer SPD-geführten Regierungskoalition allgemein als folgerichtig anerkannt wurde? Letztlich war dies ein Zusammenspiel aus den bis kurz vor der Wahl unerwarteten Verlusten der Union – bis weit in den Sommer hinein schienen ein schwarz-grünes oder ein grün-schwarzes Bündnis als wahrscheinlichste Szenarien – und den ebenso überraschenden Zugewinnen der SPD – erst in den letzten Wochen vor der Wahl überholte die SPD in den Umfragen zuerst die Grünen und dann auch die Union – und dem psychologisch wichtigen Avancieren der SPD zur stimmenstärksten Partei. 1,6 Prozentpunkte trennten SPD und Union. Wie hätte sich die Frage des *Regierungsauftrags* wohl gestellt, wenn nur 0,9 % mehr Wähler Union statt SPD gewählt hätten? Wie wenn Armin Laschet schnell seine Niederlage eingestanden und Markus Söder die Führung einer Jamaikakoalition reklamiert und dabei von einer großen Mehrheit von CDU-Vorstand und Unionsfraktion unterstützt worden wäre?

Die Landtagswahlen zeigen, welche Faktoren alle in das komplexe Konstrukt *Regierungsauftrag* einfließen: Die stärkste Partei anzuführen ist dafür nicht unwichtig, wenngleich auch immer wieder Koalitionen unter Führung der zweitstärksten Partei gebildet worden sind. Auch ein Zugewinn bei Wahlen kann diesen Anspruch befördern, doch geht es im parlamentarischen System darum, parlamentarische Mehrheiten zu bilden, weshalb es auch Parteien mit einem stetigen Abwärtstrend (wie der Bremer SPD) gelingen kann, wieder und wieder erfolgreich einen Regierungsauftrag für sich zu reklamieren und ein – von der nicht bedachten Opposition so regelmäßig wie folgenlos als *Koalition der Verlierer* geschmähtes Bündnis zu schmieden. Unterm Strich erhält den Regierungsauftrag, wer genügend andere Partner davon überzeugen kann, diesen Auftrag innezuhaben.

c. Präkonzepte korrigieren

Eine zentrale didaktische Aufgabenstellung ist die Korrektur vorunterrichtlicher Vorstellungen und theoretischer Annahmen. Bei der Konfrontation solcher *Präkonzepte* mit neuen Schemata verdrängen neue die alten Schemata (*conceptual change*). Im Fach Politik, wo unterschiedliche *Werturteile* nicht nur zulässig, sondern im Sinne des Kontroversitätsgebots des Beutelsbacher Konsenses und des Mündigkeitsziels sogar notwendig sind, betrifft dies ausschließlich korrekturbedürftige *Sachurteile* (Goll 2011: 86). Wer etwa intuitiv annimmt, dass die Erststimme die wichtigere der beiden Stimmen bei Bundestagswahlen sei, wird durch einen Blick auf die Wahl 2025 im Wortsinn eines Besseren belehrt. Das erstmals angewandte neue Wahlrecht belegt dies noch eindrucksvoller als zuvor, ziehen doch nun 29 Erststimmensieger aufgrund der fehlenden Zweitstimmendeckung ihrer Partei und des Verzichts auf Ausgleichsmandate nicht in den Bundestag ein. So lässt sich nun gut vor Augen führen, dass sich mit der Erststimme im begrenzten Maße eine Personalauswahl befördern lässt, für die Zusammensetzung des Parlaments, und somit die Regierungsbildung, aber alleine die Zweitstimme entscheidend ist.

Eine weitere sachlich falsche Vorannahme ist die Vorstellung, wonach die stimmenstärkste Partei automatisch den Regierungschef stellen würde. Zwar gelang es auf Bundesebene zuletzt 1980 der zweitplatzierten Partei, eine Regierungskoalition zu schmieden,¹⁶ nachdem die SPD 2013 die theoretisch mögliche Option einer rot-rot-grünen Koalition gegen die knapp unter der absoluten Mehrheit gebliebene CDU/CSU nicht realisierte. Gleichwohl kann eine vergleichende Analyse der Bundestagswahl 2025 und der vorherigen Wahlen Schülerinnen und Schülern gut vor Augen führen, welch komplexer Prozess die Koalitionsbildung darstellt. Die Formierung einer *Koalition* – übrigens ein weiterer in Grundgesetz, Wahlgesetz und GO-BT nicht erwähnter, gleichwohl zentraler Begriff – ist fachwissenschaftlich intensiv erforscht (vgl. u.a. Leiserson 1966, De Swaan 1976, Axelrod 1978 Müller 2004, Kropp 2010). In Deutschland dominiert das Ideal programmatisch-ideologisch weitgehend kohärenter (*policy-seeking-Motiv*), eher kleiner Bündnisse, bei der jeder einzelne Partner zum Erreichen der Mehrheit benötigt wird (*minimal winning coalition*). Deren Bildung ist in den letzten zwei Jahrzehnten allerdings immer schwieriger geworden, was die aktuelle Bundestagswahl, die es gerade so erlaubt, eine zwar lagerübergreifende, aber einigermaßen kompakte schwarz-rote Koalition zu schmieden,¹⁷ ebenso gut vor Augen führt, wie die vorhergehende Wahl, welche mit den zwei Alternativen Ampel oder Jamaika auf die Bildung eines lagerübergreifenden, heterogenen Bündnisses

¹⁶ Öfter zu beobachten ist dies in den Ländern, zuletzt etwa in Thüringen nach der Wahl 2024.

¹⁷ Schwarz-rote Koalitionen können programmatisch heute als homogener gelten als in der Vergangenheit (vgl. etwa Manifesto-Project-Daten für 2017).

hinauslief. Wie schwierig das Management einer solchen Koalition ist, belegen die chronischen Auseinandersetzungen in der Ampel, deren Etikett als „Fort-schrittskoalition“ im Nachhinein betrachtet eher den Erfordernissen moderner politischer Kommunikation geschuldet war als einen Ausweis einer echten, zur kooperativen Zusammenarbeit motivierenden gemeinsamen Agenda darstellte.

Eine politikdidaktische Aufgabe ist es nun, Adressaten das ganze Spektrum von Koalitionsbildung in Demokratien vor Augen zu führen, und der Tendenz entgegenzuwirken, das deutsche Modell unreflektiert als allgemein gegeben zu unterstellen: Systemen mit Mehrheits- oder Binominalwahlsystem sind Koalitionen oft unbekannt, wieder andere kennen statt der minimalen Gewinnkoalition Minderheitsregierungen oder übergroße Koalitionen. Schüler müssen erkennen (noch besser: selbst herausarbeiten), dass neben *policy-seeking* auch *office-seeking* und *rent-seeking* Motive darstellen und in einigen Demokratien (Schweiz, Finnland, Neuseeland) auch deshalb vom deutschen Muster stark abweichende Koalitionsbildung zu beobachten ist. Die vergleichende Analyse geeigneten Materials kann hier den Blick weiten und Schülerinnen und Schülern auch dysfunktionale Aspekte des eigenen Musters vor Augen führen: So verursachte die ungeschriebene, in keinem Rechtsakt festgehaltene Regel, dass der stärkere Partner in einer Koalition die Regierung anführt, etwa 2007/08 die an Unregierbarkeit grenzenden „hessischen Verhältnisse“, weil Andrea Ypsilanti mit ihrer knapp zweitplatzierten SPD (CDU und SPD trennten nur 3.500 Stimmen) zwar keine Koalition mit Grünen und Linken bilden konnte, aber auch nicht bereit war, als Juniorpartnerin in eine Große Koalition einzutreten. Ebenso war der Entschluss Ole von Beusts, seitens der CDU 2001 in Hamburg mit der weit rechts der Union angesiedelten Schill-Partei zu kooperieren, mutmaßlich von der Überlegung motiviert, angesichts des sehr viel besseren SPD-Ergebnisses nur so eine Regierung anführen zu können. Auch hier stehen weltweit betrachtet unterschiedlichste Modelle zur Verfügung, wie etwa das in Israel oder Irland praktizierte Modell eines Wechsels der Regierungsführung zur Mitte der Amtszeit oder das in Österreich 2000 erfolgte Überlassen des Kanzleramts an den kleineren Partner als Zugeständnis in Koalitionsverhandlungen.

Auch eine der populärsten Vorannahmen zu Politik, nämlich deren strukturelle Neigung zur Unwahrheit, lässt sich im Kontext einer konkreten Wahl gut angehen. Aber auch wenn man den „Bruch der Wahlversprechen von Kanzlerkandidat Friedrich Merz (...) als eins der waghalsigsten Wendemanöver [der] Geschichte (...)“ (Balsler 2025) wertet,¹⁸ so belegt die empirische Forschung eindeutig die Relevanz programmatischer Aussagen vor Wahlen für Koalitionsvereinbarung und

¹⁸ Ähnlich überraschend war etwa die merkwürdige Synthese der Positionen von CDU/CSU (Mehrwertsteuererhöhung um 2 Prozentpunkte) und SPD (keine Erhöhung) zu einer Erhöhung um 3 Punkte 2005 oder Helmut Kohls steuerpolitischer *Umfall* 1991.

tatsächliche *policy* (Ginsberg 1982, Hofferbert u.a. 1992, Behnke 1999, Bräuninger 2005, Mansergh/Thomson 2007, Minas u.a. 2023). Die zentralen Beschlüsse der Ampel, vom höheren Mindestlohn über das Gebäudeenergiegesetz bis hin zu Cannabis, können, mit der signifikanten Ausnahme der *Zeitenwende*, nahezu vollständig auf die Positionierung vor der Wahl 2021 zurückgeführt werden, und auch für die aktuelle Koalitionsvereinbarung ist dies zu erwarten.

Schließlich ist die Bundestagswahl 2025, bei der Union und SPD mit zusammen nur noch 44,9 % der Stimmen eine parlamentarische Mehrheit erreichen, ein gutes Anschauungsobjekt dafür, dass in einer parlamentarischen Demokratie infolge der Verwendung von Sperrklauseln elektorale und parlamentarische Mehrheitsbildung auseinanderfallen können. Voraussetzung für das Regieren ist eine Mehrheit der Parlamentssitze, und nicht und unbedingt ein kumulierter Stimmenanteil von 50 % + x. Lernende schätzen dies intuitiv oft anders ein.

Methodisch stehen zu diesen Zwecken viele Möglichkeiten offen, wobei natürlich in jedem Fall adressatenorientiert vorzugehen ist. In der Gymnasialen Oberstufe kann eher erwartet werden, eigene Berechnungen anhand reinen Zahlenmaterials anzustellen. Für andere Zielgruppen erscheint es ratsamer, auf Mittel wie vorgefertigte, vergleichende Diagramme zurückzugreifen oder aktivierende Online-Tools wie Koalitionsrechner oder Wahl-O-Mat zu verwenden.

d. Lernen an Personen

Das Lernen anhand von Biografien und personalen Vorbildern spielt beim Politik-Lernen in Deutschland traditionell eine untergeordnete Rolle. Gleichwohl lässt sich an Personen und ihren Biografien Einiges über Politik lernen, gerade im Kontext von Wahlen (Grammes 2014: 252-53). Mit Blick auf die Bundestagswahl 2025 betrifft dies insbesondere die ungewöhnliche politische Biografie von Friedrich Merz, die belegt, dass die alte Weisheit „They never come back!“ inzwischen nicht nur im Boxsport, sondern auch in der Politik als widerlegt gelten kann. Diese Kontrastfolie schärft den Blick für das übliche Muster, wonach auf den Verlust eines Führungsamtes und dem Wechsel in die Privatwirtschaft normalerweise keine Rückkehr in die Spitzenpolitik erfolgt. Hieran lässt sich die Vermittlung allgemeiner Erkenntnisse über typische Politiker-Biografien anschließen. So eignet sich die Biografie des CDU-Spitzenkandidaten 2021, Armin Laschet, mit der nahezu idealtypischen Karrierefolge Stadtrat – Europaabgeordneter – Landesminister – Landesparteivorsitzender – Landtagsfraktionsvorsitzender – Ministerpräsident – Bundesparteivorsitzender – Kanzlerkandidat hierfür gut, auch wenn dessen „Weg, der von Siegen gepflastert ist, die (...) wie halbe Niederlagen an ihm haften“ (Wiesendahl 2021), ebenfalls einige Spezifika aufweist.

e. Problemorientiertes Lernen am Beispiel des neuen Wahlrechts

Problemorientierung ist ein politikdidaktisches Prinzip, das das Potenzial, aufzuzeigen, dass die Bearbeitung von Problemen – von Gagel (2005: 94) als Gleichzeitigkeit von Handlungsnotwendigkeit und Unsicherheit definiert – ein typisches Wesensmerkmal von Politik darstellt, als ein Kriterium bei der Auswahl von Lerngegenständen betrachtet (Engartner 2021: 100-107). Ein gutes Anwendungsbeispiel hierfür ist die erstmalige Anwendung des von der Ampel gegen CDU/CSU und Linke 2023 beschlossenen neuen Wahlrechts. Hier besteht der Zielkonflikt, dass sich die Zielsetzungen 1) Erhalt der Richtgröße, 2) Proportionalität zwischen Zweitstimmenergebnis und Sitzverteilung, 3) Sitzzuteilung an alle Erststimmensieger und 4) Erhalt der heutigen Zahl der Wahlkreise nicht gleichermaßen verwirklichen lassen, sondern eine Priorisierung erfordern (Behnke 2020). Hier lässt sich zudem gut aufzeigen, dass die Wahl eines Wahlsystems eine eminent politische Frage ist (Massing 2004: 27) und es ein „demokratisches“ oder „gerechtes“ Wahlrecht als solches nicht gibt, sondern die normative Beurteilung eines Wahlverfahrens von den jeweils bevorzugten Kriterien (z.B. Gewährleistung von Proportionalität, erleichterte Mehrheitsbildung im Parlament usw.) abhängt. Die problemorientierte Diskussion dieser Frage im Unterricht trägt auch dazu bei, dass sich Schülerinnen und Schüler im Sinne des Postulats der Adressatenorientierung des Beutelsbacher Konsenses die eigenen Wertepräferenzen bewusst machen.

f. Konfliktorientiertes Lernen am Beispiel der Migrationsdebatte

Konfliktorientierung ist ein politikdidaktischer Ansatz, der sich von der Beschäftigung mit Konflikten den Erwerb von Politik-Kompetenz erhofft. Anhand verschiedener Kategorien (u.a. genaue Problemdefinition, Bestimmung eigener Interessen, Rekonstruktion der Ursachen, Identifikation der Rechtslage und Benennung der Folgen) sollen so allgemeine Einsichten in Politik und insbesondere die politische Handlungsfähigkeit befördert werden (Giesecke 1997: 31-35, Reinhardt 2009: 89). Die gegen Ende des Wahlkampfes intensivierte Debatte um weitreichende Maßnahmen im Bereich von Zuzug und Asyl, die in dem an internen Widerständen letztlich gescheiterten Versuch der CDU/CSU, entgegen klarer vorheriger Aussagen mit den Stimmen der AfD ein „Zustrombegrenzungsgesetz“ im Bundestag zu beschließen, eignet sich hierfür gut: Der eigentliche Konfliktkern (*Worum geht es?*), die einzelnen Positionen der Akteure, Machtpotenziale, Rechtsrahmen, Funktionszusammenhänge, das eigene Interesse, eigene Mitwirkungsmöglichkeiten, ideologisch-ideengeschichtliche Aspekte, Genese und Grundrechte-Bezüge lassen sich mithilfe geeigneten Materials (Debatten-Videoauszüge, Zeitungstexte, Posts, Programmtexten usw.) bestimmen und einbetten. Eine solche Analyse ist befördert generalisierbare Einsichten etwa zum parlamen-

tarischen Verfahren, zur ideologisch-programmatischen Divergenz in gesellschaftspolitischen Fragen, zu den Polarisierungs- und Segmentierungsmustern des Parteiensystems oder zur Funktionsweise heutiger politischer Kommunikation. Hieran anschließen könnte sich eine problemorientierte Diskussion unterschiedlicher Strategien mit der Herausforderung, die national-chauvinistische, partiell systemoppositionelle Akteure für die etablierte Politik darstellt (*co opt policies vs. ignore*). Als Impulsgeber könnte man etwa zur Stellungnahme zu konkurrierenden Einschätzungen auffordern, zum Beispiel seitens SZ:

„Das Dauerbashing der Ampelregierung und das fast schon zwanghafte sich abarbeiten an grünen Feindbildern haben [...] Enttäuschte in ihrem Gefühl bestärkt, das ganze System sei kaputt. Konsequenterweise wählen sie dann die härtere Abrissbirne. Geht es so weiter [...] [könnte] [d]ie AfD [...] bald so stark sein, dass sie ein ostdeutsches Bundesland allein regieren kann.“ (SZ 27.02.25)

und NZZ:

„[Die AfD] ist der heimliche Gewinner dieser Wahl [...]. Das liegt auch am Wahlkampf von Friedrich Merz. Sein Zickzackkurs hat sowohl Wähler von links als auch von rechts verschreckt. Dabei hat der CDU-Chef zunächst außergewöhnliches politisches Gespür bewiesen: Nach der Bluttat von Aschaffenburg [...] versuchte Merz, eine überfällige Wende in der Migrationspolitik einzuleiten. Dafür nahm er erstmals auch Stimmen der AfD in Kauf. [...] Merz hatte nun zwei Optionen: seinen Kurs fortzusetzen, Stimmen der AfD für die eigenen Anträge zu akzeptieren und so politischen Druck auf Grüne und SPD auszuüben – oder vor seinen künftigen linken Koalitionspartnern sowie der empörten deutschen Öffentlichkeit einzuknicken. Er entschied sich für Letzteres – und verprellte damit viele potenzielle Wähler.“ (NZZ, 24.02.25)

g. Weitere Ansatzpunkte

Diese Zusammenstellung ist natürlich nicht abschließend. Die Bundestagswahl 2025 bietet sicher noch weitere Ansatzpunkte für generalisierbare Einsichten mit dem Ziel fundierter Politik-Kompetenz. So liefert der Bruch der Koalition, der streng genommen kein Teil der Bundestagswahl, sondern vielmehr deren Auslöser war, viel Anschauungsmaterial über Regieren und Entscheiden im parlamentarischen System. Insbesondere aufgrund ihres vom Normalfall abweichenden Charakters stellt die kurzzeitige Minderheitsregierung eine das Verständnis schärfende Kontrastfolie dar. Auch einzelne policy-Positionen, wie die im Wahlkampf teils erneuerte Forderung nach einer *Dönerpreisbremse* (vgl. Hollstein 2024, Söder 2024) ließen sich lebensweltnah aufgreifen – etwa um ideologische Divergenzen aufzuzeigen. Nicht zu vernachlässigen ist auch die Beobachtung kollateralen Lernens (Besand 2024): Zumindest ein Teil der Jugend wird aus dem Umstand, dass Jugend-, aber auch Klimathemen im Wahlkampf kaum eine Rolle spielten, ihre Schlüsse ziehen. Auch so findet – wenn auch unbeabsichtigt – Lernen über Politik statt.

h. Methodische Umsetzung

Wie immer ist es auch beim Thema Wahlen wichtig, nicht zu viel zu wollen. Besser als jeden relevanten Aspekt zu behandeln, ist es, in der Auseinandersetzung mit der Bundestagswahl 2025 eine sinnvolle Auswahl zu treffen, und diese mit das problemlösende Denken anregenden Aufgabenstellungen zu verknüpfen, die die politische Urteils- und Analysefähigkeit befördern (Breit 2004: 37). Speziell zum Komplex Wahlen entwickeltes politikdidaktisches Material (Projektgruppe 2004, Hummer 2019, Buchberger/Hummer 2023, Korte/Schmidt 2025) umfasst unter anderem Aufgabenstellungen, bei denen Schülerinnen und Schüler

- die wichtigsten Aspekte wahlbezogener Sachverhalte zusammenfassen.
- durch den Vergleich der Ergebnisse verschiedener Wahlen Veränderungen benennen und deren Ursachen tentativ bestimmen.
- politische Kommunikation, zum Beispiel Posts in den sozialen Netzen oder Wahlplakate, analysieren.
- Medien wie einen Aufruf zur Wahlteilnahme, einen Post, der zur Wahl einer bestimmten Partei auffordert, ein Wahlplakat oder eine Wahlkampfrede zu produzieren.
- Wahlen im Klassenverband zu simulieren und auszuwerten.
- Methoden wie Prognosen und Statistiken hinterfragen.

Das Spektrum derartiger Arbeitsaufträge bei der Behandlung der Wahl 2025 voll auszuschoöpfen stellt sicher, dass nicht nur Wissen gelernt wird, sondern eine Analyse erfolgt, Veränderungen und Konstanten im Vergleich selbst erarbeitet werden, es zu einem Perspektivenwechsel kommt und somit ein sehr viel tieferes, die politische Urteils- und Handlungsfähigkeit tatsächlich beförderndes Verständnis des Sujets forciert wird.

4. Resümee

Die Bundestagswahl 2025 ist keine Wahl wie jede andere, sondern eine mehrfache Zäsur. Die Dominanz von CDU/CSU und SPD ist so niedrig wie nie, Polarisierung und Fragmentierung weiter hoch, die Segmentierungsmuster infolge der erstarkten AfD hochgradig komplex, die Diskrepanz zwischen Ost und West enorm, die Zukunft gleich zweier kleiner Parteien völlig unklar. Die Union ist der vielleicht glanzloseste Wahlsieger aller Zeiten, die SPD vom Paradox gouvernementaler Relevanz und elektoraler Schwäche geprägt. Verfassungsänderungen benötigen viel breitere Bündnisse als bisher und räumen auch kleineren Parteien auf subnationaler Ebene wie den bayerischen Freien Wählern Vetopositionen ein. Inwieweit das erstmals angewandte neue Wahlrecht Bestand hat, bleibt abzuwarten, obwohl

es sein Ziel einer konstanten Parlamentsgröße ohne Verzerrung des Zweitstimmenergebnisses erfüllt hat und dessen nachteiligen Aspekte absehbar waren. Dieser deutliche Wandel erreicht zwar längst nicht die Qualität radikaler Brüche, wie sie sich etwa in Frankreich oder (weniger sichtbar) in den USA zuletzt ereignet haben. Doch es lässt aufhorchen, wenn von Historikern zu vernehmen ist, das Ergebnis der Reichstagswahl vom Dezember 1924, als die republikfeindliche, deutschnationale DNVP über 20 % erzielte, komme „dem heutigen sehr viel näher als jedes Wahlergebnis aus der Geschichte der Bundesrepublik“ (Rigoll 2025).

Die Bundestagswahl 2025 erscheint in mehrfacher Hinsicht geeignet, verallgemeinerbare Erkenntnisse über Politik und Gesellschaft abzuleiten und so politikdidaktische Zielsetzungen zu unterstützen. Insbesondere lässt sich das Verständnis des Wandels des Parteiensystems in der vergleichenden Betrachtung der Wahl 2025 mit früheren Bundestagswahlen und aktuellen Wahlen in anderen Demokratien befördern. Ein Vergleich der Koalitionsbildungsprozesse 2021 und 2025 kann zudem am Beispiel des Konzepts des *Regierungsauftrags* das Bewusstsein dafür schärfen, dass zentrale politische Begriffe informeller Natur sind und letztlich auf allgemeiner Akzeptanz fußen. Darüber hinaus ist die Beschäftigung mit der Bundestagswahl 2025 geeignet, mehrere Präkonzepte zu korrigieren, wie die höhere Bedeutung der Erst- gegenüber der Zweitstimme, die Irrelevanz programmatischer Aussagen im Wahlkampf, die mögliche Divergenz parlamentarischer und elektoraler Mehrheiten oder ein Anspruch der stimmenstärksten Partei auf Regierungsbeteiligung oder -führung. Hieran lässt sich gut überleiten zu einer vertieften Auseinandersetzung mit Koalitionsbildung im Allgemeinen. Der jüngste Urnengang birgt außerdem Potenzial zum Wissenserwerb in punkto Politikerbiografien, der problemorientierten Behandlung von Wahlsystemreformen und den damit verbundenen Dilemmata und einer konfliktanalytischen Behandlung der Kontroverse um die Begrenzung der Migration. Neben intentionalen sind auch nicht intendierte Lernprozesse zu beachten.

Diese, nicht erschöpfende, Aufstellung zeigt, wie fruchtbar die Auseinandersetzung mit einer aktuellen Wahl für die Didaktik der politischen Bildung sein kann. Natürlich stellt die konkrete, zielgruppenorientierte methodische Umsetzung eine Herausforderung dar, deren Bewältigung allerdings durch die Fülle des heute verfügbaren Materials (Videoausschnitte, Posts, digitale Zeitungsarchive, Bildmaterial usw.) erleichtert wird.

Literatur

- Alemann, Ulrich von (2013): Die Zukunft der kleinen Parteien 21, Vortrag an der Akademie für politische Bildung in Tutzing, 30.11/01.12.2013.
- Axelrod, Rober (1978): Coalition Theory Based on Conflict of Interest, in: William Evan (Hrsg.), *Interorganizational Relations*, Harmondsworth, S. 44-54.

- Balser, Markus (2025): Die Grünen – Ihr Nein ist richtig, in: SZ, 12.03.25.
- Bartsch, Matthias u.a. (2025a), Darmstadt und Tübingen sind nun Vollwaisen, in: Spiegel online, 28.02.25, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/auswirkungen-der-wahlrechtsreform-darmstadt-und-tuebingen-sind-jetzt-vollwaisen-a-5267537f-3540-41d2-a7c6-0857d2a41e70>.
- Bartsch, Matthias u.a. (2025b), Jetzt ist Merz doch noch auf Söders Bayern angewiesen, in: Spiegel online, 06.03.25, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/jetzt-ist-friedrich-merz-doch-noch-auf-markus-soeders-bayern-angewiesen-a-c98f881d-b562-4d08-9c24-ccb85a0ae66>.
- Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus (2018): Fachlehrpläne Fachoberschule, Politik und Gesellschaft 12, gültig ab Schuljahr 2018/19.
- Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus (2021): Lehrplan für die Berufsschule und Berufsfachschule Unterrichtsfach: Politik und Gesellschaft.
- Behnke, Joachim (1999): Räumliche Modelle der sachfragenorientierten Wahlentscheidung, Hamburg 1999.
- Bräuninger, Thomas (2005): A Partisan Model of Government Expenditure, in: Public Choice, 125. Jg., Bd. 3-4, S. 405-429.
- Behnke, Joachim (2020): Bundestag – Ende des Wachstums? Vorschläge und Perspektiven für die Wahlrechtsreform, in: APuZ, 70. Jg., Bd. 38, S. 24-31.
- Behnke, Joachim (2025): Die Kritik am neuen Wahlrecht ist ignorant, in: Spiegel online, 25.02.25, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundestagswahl-die-kritik-am-neuen-wahlrecht-ist-ignorant-gastbeitrag-a-cf473a40-891b-4170-922d-232eeb27dfb6>.
- Besand, Anja (2024): Lässt sich aus Krisen lernen? Über Apokalypseblindheit und Kollaterales Lernen in der politischen Bildung, in: Polis: Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, 28. Jg., Bd. 1, S. 18-21.
- Breit, Gotthard (2004): Fachdidaktische Anmerkungen zum Inhalt Wahlen in der Demokratie, in: Projektgruppe Berlin (Hrsg.): Beispiel Wahlen – Planung und Methoden des Politikunterrichts in der Praxis, Frankfurt (Main), Wochenschau-Verlag, S. 37-44.
- Buchberger Wolfgang/Hummer, Robert (2023): Wahlplakate im Politikunterricht. Ein praxisorientierter Baukasten für die Sekundarstufe, Frankfurt (Main), Wochenschau.
- Budge, Ian u.a. (1987): Ideology, Strategy and Party Change, Cambridge 1987.
- De Swaan, Abram (1973): Coalition Theories and Coalition Formations, Amsterdam.
- Engartner, Tim (2021): Sozialwissenschaftliche Bildung, Paderborn u.a., UTB.

- Gagel, Walter (2005): Geschichte der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, 3. Auflage, Wiesbaden, Springer VS.
- Giesecke, Hermann (1997): Kleine Didaktik des politischen Unterrichts, Schwalbach (Taunus), Wochenschau-Verlag.
- Ginsberg, Benjamin (1982): The Consequences of Consent, Elections, Citizen Control and Popular Acquiescence, New York.
- Goll, Thomas (Hrsg.) (2011): Politikdidaktische Basis und Fachkonzepte, Schwalbach, Wochenschau.
- Grammes, Tilman (2014): Kontroversität. In: Wolfgang Sander (Hg.): Handbuch politische Bildung, 4. Aufl., Schwalbach, Wochenschau, S. 266–274.
- Hackenbruch, Felix (2025): „Löst bei mir keine Zuversicht aus“ – Grüne streiten über Habecks Sicherheitsvorschläge“, in: Tagesspiegel, 05.02.25, <https://www.tagesspiegel.de/politik/lost-bei-mir-keine-zuversicht-aus-grune-streiten-uber-habecks-sicherheitsvorschlaege-13145380.html>.
- Heinze, Anna-Sophie (2018): Strategies of mainstream parties towards their right-wing populist challengers – Denmark, Norway, Sweden and Finland in comparison, in: West European Politics 40, S. 287–309.
- Hilligen, Wolfgang (1985): Zur Didaktik des politischen Unterrichts, 4. Auflage, Opladen, Leske + Budrich.
- Hofferbert, Richard/Klingemann, Hans-Dieter (1992): Wahlprogramme, Regierungserklärungen und Politisches Handeln, in: Hans-Jürgen Andreß u.a. (Hrsg.), Theorie, Daten, Methoden, München, S. 383-392.
- Hollstein, Miriam (2024), Linke-Papier - So könnte eine Dönerpreisbremse aussehen, in: Stern, 04.05.24 <https://www.stern.de/politik/deutschland/linke-papier-so-koennte-eine-doenerpreisbremse-aussehen-34682200.html>.
- Hummer, Robert (2019): Wählen als Thema der politischen Bildung. Praxisorientierte Impulse aus der Politikwerkstatt „Demos“, in: Susanne Reitmair-Juárez, Kathrin Stainer-Hämmerle (Hrsg.), Demokratie und Wahlen als Themen der politischen Bildung, Frankfurt (Main), Wochenschau-Verlag, S. 145-156.
- Käppner, Joachim (2021): Scholz siegessicher – Laschet kämpft um Rückhalt, in: SZ, 28.09.21.
- Klafki, Wolfgang (1958): Didaktische Analyse als Kern der Unterrichtsvorbereitung, in: Die Deutsche Schule, 50(10), 450–471.
- Korte, Karl-Rudolf/Schmidt, Ana Alba (2025): Wahlen, Vertiefungsheft für die Sekundarstufe II, Frankfurt (Main), Wochenschau-Verlag.

- Kropp, Sabine (2010): Koalitionsbildungen und Koalitionsstabilität in Mittel- und Südosteuropa, in: David Gehne/Tim Spier (Hrsg.), *Krise oder Wandel der Parteiendemokratie*, Wiesbaden, S. 190-209.
- Laakso, Markku/Taagepera, Rein (1979): "Effective" Number of Parties: A Measure with Application to West Europe, in: *Comparative Political Studies*, 12. Jg., Bd. 1, S. 3-27.
- Lang, Heinrich/Grzeszick, Bernd (2025): Warum die Wahlrechtsreform das Vertrauen der Bürger erschüttert, in: *Spiegel online*, 05.03.25, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/wahlrecht-warum-die-reform-das-vertrauen-der-buerger-erschuettert-a-a6e265c3-6c23-4e66-bb14-cba92949dc8d>.
- Leiserson, Michael (1966): *Coalition in Politics*, New Haven, YUP.
- Mansergh, Lucy/Thomson, Robert (2007): Election Pledges, Party Competition, and Policymaking, in: *Comparative Politics* 39. Jg., Bd. 3, S. 311-329.
- Massing, Peter (2004): Sachinformationen für Lehrerinnen und Lehrer – Wahlen in der Demokratie, in: Projektgruppe Berlin (Hrsg.): *Beispiel Wahlen - Planung und Methoden des Politikunterrichts in der Praxis*, Frankfurt (Main), Wochenschau-Verlag, S. 25-36.
- Maxwell McCombs and Donald Shaw (1972): The Agenda-Setting Function of Mass Media, in: *The Public Opinion Quarterly*, Bd. 36, Nr. 2, S. 176-187.
- Minas, Marius u.a. (2023): Die programmatische Seite des Parteienwettbewerbs – Eine Analyse der Wahlprogramme und des Koalitionsvertrags 2021, in: Uwe Jun/Oskar Niedermayer (Hrsg.), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2021*, Wiesbaden, Springer VS, S. 41-75.
- Müller, Wolfgang (2004): Koalitionstheorien, in: Ludger Helms/Uwe Jun (Hrsg.), *Politische Theorie und Regierungslehre, Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung*, Frankfurt (Main), S. 267-301.
- Niedermayer, Oskar (2006): Das Parteiensystem Deutschlands, in: Oskar Niedermayer u.a., *Die Parteiensysteme Westeuropas*, Wiesbaden, VS, S. 109-33.
- Niedermayer, Oskar (2007): Parteiensystem, in: Dieter Fuchs/Edeltraud Roller (Hrsg.), *Lexikon Politik*, Stuttgart, Reclam S.197–201.
- Niedermayer, Oskar (2013): Nichts ist mehr, wie es einmal war: das Parteiensystem nach der Bundestagswahl 2013, Vortrag an der Akademie für politische Bildung in Tutzing, 30.11/01.12.2013.
- Niedermayer, Oskar (2023). Die Verfestigung des pluralistischen Parteiensystems, in: Uwe Jun/Oskar Niedermayer (Hrsg.), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2021*, Wiesbaden, Springer VS, S. 1-40.
- Petrocik, John (1996): Issue Ownership in Presidential Elections, with a 1980 Case Study, in: *American Journal of Political Science*. 40 (3), S. 825–850.

- Pitzke, Marc (2024): Die Trumpifizierung der US-Republikaner, in: Spiegel online, 14.03.2024, <https://www.spiegel.de/ausland/donald-trump-schwiegertochter-als-co-parteilchefin-die-trumpifizierung-der-republikaner-a-64e20c17-2e1d-4d5b-b9b5-03b167869af8>.
- Projektgruppe Berlin (Hrsg.) (2004): Beispiel Wahlen, Planung und Methoden des Politikunterrichts in der Praxis, Schwalbach, Wochenschau.
- Rath, Christian (2025): Alter Bundestag kann Geld raushauen, in: taz, 14.03.25, <https://taz.de/Verfassungsgericht-entscheidet/!6075882/>.
- Reinhardt, Sibylle (2009): Politik Didaktik, Praxishandbuch für die Sekundarstufe I und II, Berlin, Cornelsen.
- Rigoll, Dominik (2025): „Man sollte mit Blick auf Weimar nicht nur an 1933 denken“, in: Zeit, 06.03.25, <https://www.zeit.de/2025/10/rechte-parteien-geschichte-nsdap-afd>.
- Schmoll, Heike (2024): Knappe Mehrheit für Verbleib in Ampel-Koalition, in: FAZ, 01.01.2024, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/knappe-mehrheit-der-fdp-fuer-verbleib-in-ampel-koalition-19419383.html>.
- Schuler, Katharina (2007): Gründet Merz eine eigene Partei?, in: Zeit, 09.02.07, <https://www.zeit.de/online/2007/07/Merz-Geruechte/komplettansicht>.
- Söder, Markus (2024): Kinderinterview, 29.05.24, <https://www.tiktok.com/@markus.soeder/video/7374454986589097248?lang=de-DE>.
- Spier, Tim/Alemann, Ulrich von (2014): Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013, Springer VS, Wiesbaden, S. 49-69.
- Weißeno, Georg u.a. (2010): Konzepte der Politik – ein Kompetenzmodell, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Wiesendahl, Elmar (2021): Warum Armin Laschet als Kanzlerkandidat der Union gescheitert ist, <https://www.progressives-zentrum.org/warum-armin-laschet-als-kanzlerkandidat-der-union-gescheitert-ist/>.
- Wolf, Agnes (2025): Vermögen von Friedrich Merz – Ist der Politiker Millionär, in: Focus online, 25.02.2025, https://www.focus.de/politik/top-verdiener-der-cdu-vermoegen-von-friedrich-merz-ist-der-politiker-millionaer_id_259664932.html.